

Große Anfrage

der Abgeordneten Sauter (Epfendorf), Dr. Pinger, Boroffka, Dr. Lammert, Graf von Waldburg-Zeil, Dr. Köhler (Wolfsburg), Dr. von Geldern, Repnik, Lamers, Herkenrath, Brunner, Dr. Kunz (Weiden), Eigen, Dr. Meyer zu Bentrup, Schartz (Trier), Bayha, Freiherr von Schorlemer, Michels, Borchert, Funk (Gutenzell), Rainer, Frau Hoffmann (Soltau), Dr. Müller, Dr.-Ing. Kansy, Dr. Riesenhuber, Susset, Frau Fischer, Dr. Pohlmeier, Höffkes, Schmöle, Dr. Hüscher, Dr. Hornhues, Dr. Jenninger und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU

Tendenzen globaler Entwicklung

Wir fragen die Bundesregierung:

I.

1. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß globale Entwicklungstendenzen, wie sie erneut durch Global 2000 zur Diskussion gestellt wurden, als möglich und damit als durchaus ernst zu betrachten sind?
2. In welchen internationalen Organisationen hat die Bundesregierung die Möglichkeit, die angesprochenen Probleme mit dem notwendigen Nachdruck zu diskutieren, und beabsichtigt sie, notwendige Gegenmaßnahmen zu ergreifen?
3. Gibt es eine ressortübergreifende Konzeption der Bundesregierung für die angesprochenen Probleme, und welche Möglichkeiten der Einflußnahme auf die weltweite Entwicklung sieht die Bundesregierung?
4. Bis wann, über welche Themenbereiche und in welchen Organisationen ist mit ersten konkreten Verhandlungen nach den in Cancun beschlossenen Erklärungen zu rechnen?

II.

5. Hält die Bundesregierung die Strategie, die Weltbevölkerung mittel- und langfristig durch wachsenden Wohlstand und höhere Bildung auch in Entwicklungsländern zu stabilisieren für erfolgversprechend?
6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Forschung über die Größe der Familie besser den Bedürfnis-

sen und Auffassungen der Entwicklungsländer angepaßt werden soll?

7. Welche Entwicklungsschwerpunkte ergeben sich für die Bundesregierung aus Landflucht und Großstadtwachstum, und welche Erkenntnisse liegen ihr im Hinblick auf ausgewogene Siedlungsstrukturen vor?

III.

8. Gibt es langfristige Strategien und Absprachen auf internationaler Ebene, um den akuten Nahrungsmittelbedarf in vielen Ländern sowohl kurzfristig als auch nachhaltig zu decken, und ist die Bundesregierung bereit, unter Umständen wichtige und exemplarische Schritte in dieser Frage zu unternehmen?
9. Welche Priorität hat die Landwirtschaft in der Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland, und werden dabei die sehr unterschiedlichen Möglichkeiten der einzelnen Regionen der Erde für die Nahrungsmittelproduktion berücksichtigt?
10. Wie beurteilt die Bundesregierung die These, daß in den nächsten 20 Jahren die Nahrungsmittelproduktion zwar um 90 v. H. steigen wird, die Ackerfläche dafür aber nur um 4 v. H. (siehe Global 2000), und welche Probleme würden sich nach Meinung der Bundesregierung daraus für den Energieverbrauch und die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel ergeben?
11. Trifft es zu, daß aus Ländern mit erheblichem Nahrungsmittelmangel für große Teile der Bevölkerung in größerem Umfang Futtergetreide in die EG exportiert wird, das auch der menschlichen Ernährung dienen könnte?
12. Liegen der Bundesregierung Angaben über Nachernteverluste vor allem durch falsche Lagerhaltung vor, und welche Möglichkeiten sieht sie, diese Verluste zu verringern?
13. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß vielfach durch Verwendung von Dung und Ernterückständen als Brennstoff dem Boden wertvoller Humus und wichtige organische Stoffe entzogen werden, also Raubbau betrieben wird?
14. Gibt es auf nationaler und internationaler Ebene Forschungsprogramme, die den Einsatz von landwirtschaftlichen Methoden fördern, die die natürlichen Grundlagen erhalten und den wirksamen Einsatz von Düngemitteln und biologischem Stickstoff prüfen, und was tut die Bundesregierung, um diese zu fördern?
15. Was unternimmt die Bundesregierung, um für die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern genügend Fachkräfte zur Verfügung zu stellen, weil gerade das Fehlen eines mittleren und gehobenen Managements eines der wesentlichen Probleme der Entwicklungsländer ist?

16. Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die Kaufkraft der Entwicklungsländer mit geringer Nahrungsmittelproduktion so zu stärken, daß sie auf Dauer in die Lage versetzt werden, Nahrungsmittel auf dem Handelsweg zu erstehen?

IV.

17. In welchem Umfang beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland an welchen konkreten Programmen, die der Entstehung und Erweiterung der Wüstengürtel entgegenwirken, zum Beispiel durch Maßnahmen zur notwendigen Wald-erhaltung, zur Brennstoffversorgung und zu Wiederaufpflanzungsprogrammen?
18. Beteiligen sich bundesdeutsche Firmen, die in Bereichen tropischer Regenwälder wirtschaftlich engagiert sind, an einer erhaltenden Bewirtschaftung dieser für das Erdklima möglicherweise notwendigen Wälder?
19. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, der zunehmenden Versalzung und/oder Erosion derzeit noch landwirtschaftlich nutzbarer Flächen in Entwicklungsländern entgegenzuwirken, und inwieweit leistet sie dabei betroffenen Ländern Hilfestellung?

V.

20. Wie beurteilt die Bundesregierung die ökonomischen und ökologischen Folgen der Knappheit und ungleichmäßigen Verteilung nicht regenerierbarer Brennstoffe auf der Welt, und welche Maßnahmen will sie aufgrund dieser Tatsache ergreifen?
21. Während der nächsten 20 Jahre werden die Nutzholzvorräte auf der Welt voraussichtlich um 40 bis 50 v. H. pro Kopf zurückgehen.

Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahren und Folgen der verschwindenden Waldflächen auf der Welt durch eine zunehmende Nachfrage nach Holzprodukten und Brennholz, und an welchen Hilfsmaßnahmen beteiligt sie sich?
22. Hält es die Bundesregierung für möglich, daß aufgrund der Steigerung des Süßwasserverbrauchs in der Welt bis zum Jahre 2000 um 200 bis 300 v. H. auch für die Industrieländer ernsthafte Folgen durch Wasserknappheit entstehen können, und plant sie in dieser Richtung vorbeugende Maßnahmen?
23. Rechnet die Bundesregierung damit, daß aufgrund der global zunehmenden Luft- und Wasserverschmutzung in den kommenden Jahren zunehmende Ernteschäden auftreten können, und welche Folgen ergeben sich daraus für die Sicherung der nationalen und internationalen Nahrungsmittelversorgung?

VI.

24. In welchem Umfang werden von der Bundesrepublik Deutschland wissenschaftliche Leistungen auf nationaler und internationaler Ebene erbracht zur Bestandsaufnahme und – bei Gefährdung – zur Sicherung der global vorhandenen Tier- und Pflanzenarten?
25. Welche Rückwirkungen auf die chemische und pharmazeutische Industrie der Bundesrepublik Deutschland hätte das als möglich angesehene Aussterben von ca. 500 000 Tier- und Pflanzenarten?
26. In welchem Umfang würden durch das mögliche Aussterben von ca. 500 000 Tier- und Pflanzenarten die Chancen der deutschen biologischen Forschung verringert, beispielsweise durch Einkreuzen von Wildformen etwa die Schädlings- und Klimaresistenz oder Ertragsfähigkeit von Nutztieren und -pflanzenarten zu verbessern?
27. Sind der Bundesregierung Programme auf nationaler und internationaler Ebene bekannt, die dem Schutz von Getreidekeimplasmen und der Verbesserung der Genproduktion für ertragreiche Neuzüchtungen dienen, und ist sie bereit, diese zu unterstützen?
28. Welche Rückwirkungen auf die derzeit noch weitgehend intakten ökologischen Regelkreise könnten sich für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bei erheblicher Dezimierung der heute noch vorhandenen Tier- und Pflanzenarten ergeben?
29. Hält die Bundesregierung eine Politik der „ökologischen Reservate“ für ausreichend, um den vorhandenen Reichtum an Tier- und Pflanzenarten global zu erhalten?

VII.

30. Sind der Bundesregierung internationale Planungen bekannt, die Küstengebiete der Erde vor zunehmender Zerstörung und Verschmutzung zu schützen, um lebenswichtige Küsten-Öko-Systeme zu erhalten und damit die Vielfalt, Stabilität und Produktivität der regenerierbaren Meeresressourcen zu sichern?
31. Ist die Bundesregierung bereit, sich an internationalen Planungen für Meeresschutzgebiete für bestimmte Regionen, Arten, Artenfamilien und Öko-Systeme zu beteiligen?
32. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob die Fischfangerträge in den nächsten Jahren so gesteigert werden können, daß sie wesentlich zur Deckung des Nahrungsmittelbedarfs beitragen, ohne daß es zu einer übermäßigen Ausbeutung und zu einem Aussterben einiger Fischarten führt?

Bonn, den 9. Dezember 1981

Sauter (Epfendorf)
Dr. Pinger
Boroffka
Dr. Lammert
Graf von Waldburg-Zell
Dr. Köhler (Wolfburg)
Dr. von Geldern
Repnik
Lamers
Herkenrath
Brunner
Dr. Kunz (Weiden)
Eigen
Dr. Meyer zu Bentrup
Schartz (Trier)
Bayha
Freiherr von Schorlemer
Michels
Borchert
Funk (Gutenzell)
Rainer
Frau Hoffmann (Soltau)
Dr. Müller
Dr.-Ing. Kansy
Dr. Riesenhuber
Susset
Frau Fischer
Dr. Pohlmeier
Höffkes
Schmöle
Dr. Hüsch
Dr. Hornhues
Dr. Jenninger
Frau Benedix-Engler
Breuer
Dallmeyer
Dörflinger
Ganz (St. Wendel)
Dr. George
Frau Dr. Hellwig
Dr. Jentsch (Wiesbaden)
Jung (Lörrach)
Dr. Langner
Schröder (Wilhelminenhof)
Dr. Stark (Nürtingen)
Stavenhagen
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung:

In einer Reihe von Studien¹⁾ sind in den letzten Jahren Aussagen und Trendfortschreibungen entwickelt worden, anhand derer sich Entwicklungstendenzen abzeichnen, die Anlaß zur Sorge geben. Die den Studien methodisch zugrunde liegenden Defekte sind bekannt (Fortschreibung unserer Politik, keine neuen Substitutionsprozesse, kein Wandel unserer menschlichen Verhaltensweisen, keine Kriege, Epidemien o. ä., Festschreibung des technischen Fortschritts).

Die Studien sind dennoch von höchsten Bedeutung und haben in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland eine starke Resonanz gefunden. Dies gilt ganz besonders für die vom amerikanischen Präsidenten Carter in Auftrag gegebenen Studien „Global 2000“ und „Global Future, time to act“. Hier wurde erstmals im Auftrag einer Regierung versucht, global die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen Bevölkerungswachstum, Ernährung, Energie, Ressourcen, Boden- und Artenschutz sowie globalen Ökologieproblemen darzustellen.

Die Problembereiche Energie und Umwelt werden bereits seit längerem bei uns, auch in ihrer Interdependenz, analysiert und diskutiert. Die CDU/CSU-Fraktion hat noch in jüngster Zeit eine Reihe von Anfragen zur Klärung ökologischer Probleme und der Beiträge, die die Bundesregierung zu ihrer Lösung beizusteuern in der Lage ist, gestellt. Auf das zu diesen Aspekten bereits vorliegende Material kann daher für die notwendige Erörterung der Wechselbeziehungen zwischen Bevölkerungsentwicklung, Befriedigung elementarer Lebensbedürfnisse, steigendem Konsum von Gütern aller Art, wirtschaftlich industrieller Entwicklung, zunehmende Gefahr irreversibler Schäden im Naturkreislauf und der drohenden Zerstörung als natürliche Lebensgrundlage unentbehrlicher Ressourcen zurückgegriffen werden.

Zu anderen für die Diskussion globaler Entwicklungen wichtigen Problemen soll mit dieser Anfrage Auskunft der Bundesregierung über von ihr gesehene Lösungsansätze eingeholt werden.

Wenn die Bundesrepublik Deutschland mit den ihr zur Verfügung stehenden politischen, finanziellen, wirtschaftlichen und technologischen Kapazitäten auch nicht in gleicher Weise wie etwa die USA oder die UdSSR in der Lage ist, Lösungsbeiträge zu den

¹⁾ Der Bericht an den Präsidenten Global 2000, Ffm. 1980
Global Future: Es ist Zeit zu handeln, Freiburg 1981
Dennis Gabor, Umberto Colombo u. a.: Das Ende der Verschwendung, Stuttgart 1976
Erwin Laszlo u. a.: Goals for Mankind, New York 1977
Aurelio Peccei: Die Qualität des Menschen, Stuttgart 1977
dto.: Die Zukunft in unserer Hand, Wien-München 1981
dto. (Hrsg.): Das menschliche Dilemma, Wien-München 1979
A. Herrera, H. Scolnik u. a.: Grenzen des Elends. Das Bariloche-Modell, Stuttgart 1977
Mihailo Mesarovic, Eduard Pestel: Menschheit am Wendepunkt, Stuttgart 1974
Maurice Guernier: Die Dritte Welt: drei Viertel der Welt, München, Zürich 1980
Wassily Leontief u. a.: Die Zukunft der Weltwirtschaft, Stuttgart 1974
Nord-Süd-Kommission: Das Überleben sichern, Ffm, Berlin, Wien 1981
Dennis Meadows: Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1972

angesprochenen Problemen beizusteuern, so muß der Beantwortung der mit den genannten Problemen zusammenhängenden Fragen doch auch bei uns eine höhere Bedeutung beigemessen werden als bisher. Eine Konzeption einer ressortübergreifenden Politik, mit der diese Aufgabe angegangen werden könnte, ist von der Bundesregierung bisher noch nicht vorgelegt worden.

Zur Entwicklung einer solchen Politik soll die vorliegende Anfrage und ihre Diskussion Grundlagen und Anstoß geben.

